

Widerspruchsfrist verstreicht im Krisenmodus

Soziales | Arbeit des VdK für Senioren wird immer schwieriger / Hilfe für 1285 Villingen

VS-Villingen. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf das gewohnte Leben dominieren derzeit die Gespräche, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei mit Unternehmern oder Interessensvertretern führt. Hierzu zählt auch das Gespräch mit den beiden Vorständen des VdK-Ortsverbands Villingen, Helmut Fuchs und Manfred Brendel.

Der VdK-Sozialverband hat in den vergangenen Jahren einen enormen Zulauf erfahren und vertritt seine Mitglieder in manch schwierigen sozialrechtlichen Fragen. Bundesweit sind es inzwischen zwei Millionen Mitglieder, in Villingen immerhin 1285 und im Kreisverband 2500. »Normalerweise bearbeiten wir pro Woche rund ein Dutzend

Fälle bei uns im Abt-Gaisser-Haus, wegen der schwierigen Corona-Situation, in der wir möglichst Kontakte von Besuchern untereinander vermeiden möchten, sind es maximal vier«, sagt der Vorsitzende Helmut Fuchs.

Telefon keine Alternative

Schriftführer und Beratungsexperte Manfred Brendel spricht deshalb von einer schwierigen Situation, »da nun einiges über das Telefon abgewickelt wird und die Verständigung über das Telefon mitunter sehr schwierig sein kann. Die ratsuchenden Personen verstehen oft nicht die Sprache der Behörden und können dies auch nicht am Telefon richtig wiedergeben. Nicht selten verstreichen des-

wegen auch die Widerspruchsfristen auf amtliche Bescheide. Dann ist die erhoffte finanzielle Unterstützung oder Anerkennung einer Behinderung leider weg.« Entsprechend appelliert er an die Mitglieder, ablehnende amtliche Schreiben nicht erst mal zur Seite zu legen, sondern schriftlich einen formlosen Widerspruch einzulegen und sofort mit dem VdK in Verbindung zu treten.

Von der Politik wünscht er sich, dass im Falle einer zweiten Corona-Welle die amtlichen Fristen von derzeit vier Wochen großzügig verlängert oder gar bis auf weiteres ausgesetzt werden, weil dies die eingeschränkten Besuchsmöglichkeiten erfordern würden. Diesen wichtigen Hin-

weis, so Thorsten Frei, nehme er gerne mit nach Berlin.

Große Bedenken haben die beiden VdK-Vertreter in Bezug auf mögliche Erhöhungen des Zusatzbeitrags, den gesetzliche Krankenkassen erheben. »Die Zusatzbeiträge belasten Menschen mit niedrigen Renten ohnehin arg. Diese dürfen nun nicht explodieren«, meinte Manfred Brendel.

»Die Krankenkassen dürfen wir nicht einseitig durch die enormen Ausgaben für den Aufbau der Intensivbettenkapazitäten oder die Millionen Corona-Tests belasten«, meinte Thorsten Frei. »Diesen Aufwand müssen alle und nicht nur gesetzlich Versicherte stemmen.«

Die VdK-Vertreter appellie-



CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei (Mitte) sucht das Gespräch zu den beiden Vorständen des VdK-Ortsverbands Villingen, Helmut Fuchs und Manfred Brendel. Foto: Büro Frei

ren zudem an die Politik, die unteren Gruppen der Rentenbezieher weiter im Auge zu behalten, um den sozialen Frieden zu wahren. Mit der

Grundrente ab 2021 stelle man langjährige Einzahler mit schmalen Renten deutlich besser, ohne dass man hierzu einen Antrag stellen müsse.